

BÜCHER

ENDSIEG DER MARKTWIRTSCHAFT?

Rezension von: Vom „obsoleten“ zum „adäquaten“ marktwirtschaftlichen Denken, herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), Metropolis-Verlag, Marburg 1992, 308 Seiten, 36,80 DM.

Der auf Karl Polanyi zurückgehende Titel des Buches war das Motto der in Wien abgehaltenen Jahrestagung 1992 des Beirates für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, die zwanzig Einzelbeiträge basieren auf den dort vorgetragenen Referaten. Das Ziel dieser Tagung war eine „links-alternative Positionsfindung zu Begriff und Rolle des Marktes nach dem postulierten *Endsieg der Marktwirtschaft*“.

Der Band ist in drei Teilen organisiert. Der erste Teil befaßt sich mit der *Theorie des Marktes und seiner Regulierung* und enthält vier Beiträge aus dem theoretisch-methodologischen Bereich. Der zweite Teil untersucht *Regulierungsmuster auf Teilmärkten* und behandelt in neun Beiträgen den Finanzsektor, den Wohnungsmarkt, den Agrarmarkt und den Gesundheitsmarkt. Im dritten Teil werden *Internationale Aspekte marktwirtschaftlicher Entwicklung* behandelt, wobei in den sechs Aufsätzen Probleme der Transformations-Ökonomien, der Entwicklungsländer und der Europäischen Gemeinschaft und Europas nach 1992 analysiert werden.

Reinhard Pirker untersucht zunächst „Märkte als Regulierungsformen sozialen Lebens“. Im ersten Teil seines Beitrages entwickelt und untermauert er die These, daß Märkte nicht naturgegeben oder gottgewollt sind, sondern historisch entstandene soziale Institutionen sind, die wie alle anderen Institutionen in das soziale Leben eingreifen und somit Regulierungsfunktionen erfüllen (S. 33). Unter Bezugnahme auf Polanyi stellt Pirker fest, daß die modernen Marktwirtschaften durch die Herauslösung, die Entbindung von Märkten aus dem sozialen Leben, historisch durch die Ausdifferenzierung von Märkten aus dem Haus(halt), charakterisiert sind. Diese Separierung hat nachfolgend zur Vorstellung der Selbstregulierung der Märkte geführt – nach Polanyi reine Ideologie, weil das marktwirtschaftliche System für seine Stabilität und Dynamik ständig einer Zufuhr „von außen“ bedarf. Diese Zufuhr materialisiert sich einerseits in den Ressourcen Boden (oder allgemeiner: „Umwelt“) und Arbeit, andererseits sind die Märkte in ihrer Funktionsfähigkeit auf weitere soziale Institutionen angewiesen. Im zweiten Teil befaßt sich Pirker mit der Frage, ob individuelle Eigentumsrechte und Kontrakte genügen, um das Funktionieren von Märkten zu gewährleisten. Unter Hinweis auch auf einschlägige Untersuchungen auf Teilmärkten (z. B. dem Arbeitsmarkt oder dem Markt für Informationsgüter) lautet die Antwort auf diese Frage, daß Märkte nur dann funktionieren, wenn neben den auf individuelle Intentionalität zurückgehenden, vertraglich ausgehandelten Bedingungen auch noch *nicht-vertragliche, sozial generierte „organische Solidarität“, in der heutigen Sprache:*

„Vertrauen“ („Trust“) gegeben ist, das die Unvollständigkeit des Vertrages gleichsam schließt. Dieser nicht-kontraktuelle Rest ist aber nicht auf ein rationales Kalkül rückführbar, so daß die Erkenntnis der Bedeutung dieses Elementes in der wirtschaftlichen Realität gleich mehrere ökonomische Theoriegebäude aus den Angeln hebt (Transaktionskostenökonomie, Theorie der Property Rights und letztendlich die Allgemeine Gleichgewichtstheorie).

Auch Kurt Rothschild zeigt in seinem Beitrag mit dem Titel „Deregulierung“ die Grenzen der (herrschenden) ökonomischen Theorie auf. Seine Untersuchung der Frage, welche Deregulierungs- bzw. Regulierungsempfehlungen die Wirtschaftswissenschaft geben könnte, führt zum Schluß, daß *keine allgemeinen Deregulierungs-/Regulierungspostulate aus der ökonomischen Theorie abgeleitet werden können*. Der Wirtschaftswissenschaften kann nur unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Macht- und Interessenkonstellationen (De-)Regulierungsanalysen durchführen und -empfehlungen abgeben. Wolfgang Fach befaßt sich in seinem Beitrag „Grenzmoral“ mit der Ethik als Schranke für den Egoismus. Dabei werden die Rolle der Kategorien „Sympathie“, „Pflicht“ und „Ironie“ für das gesellschaftlich-wirtschaftliche Zusammenleben diskutiert. In seinem Beitrag „Marktwirtschaft – die absolut ungeeignete Wirtschaftsordnung“ stellt Erich Kitzmüller nicht nur das Tagungsthema in Frage, sondern gleich das ganze marktwirtschaftliche System an sich. Zwar hält Kitzmüller die Marktwirtschaft für das „relativ bessere“ System, trotzdem ist es aber ein unverantwortliches, ungeeignetes Wirtschaftssystem, weil es – als „technopathischer Expansionismus“ – auf die globale Zerstörung zusteuert. Angesichts dieses Befundes fordert der Autor ein längst überfälliges Umdenken durch das Ändern der

Organisationsformen, Methoden und Arbeitsziele der (ökonomischen) Wissenschaft (S. 90).

Mit dem *Finanzsektor* befassen sich Werner Kamppeter, Markus Marterbauer und Stephan Schulmeister.

Marterbauer skizziert zunächst den wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel in den siebziger Jahren von einem realwirtschaftlich orientierten Keynesianismus zu einer „monetär orientierten Casinoökonomie“ (S 121). Die in diesem Zusammenhang identifizierbaren negativen Entwicklungen – wie die Unterordnung der nationalen Zinspolitik unter die Wechselkurspolitik oder die durch die Finanzderegulierung bedingte Verringerung der konjunkturellen Steuerungskapazität des Staates – veranlassen Marterbauer, für eine wirtschaftspolitische Reorientierung zu plädieren, wobei insbesondere das Ziel der Stabilisierung der Finanzmärkte durch eine *Erhöhung der Transaktionskosten* genannt wird. Kamppeter arbeitet „Ordnungs- und Funktionsdefizite der Finanzwirtschaft“ – so der Titel seines Beitrages – auf der Basis von Leistungskriterien für den Finanzsektor heraus. Schulmeister zeigt, daß die Aussagen der Gleichgewichtstheorie für spekulative Märkte durch die empirischen Fakten widerlegt werden (können), und daß es daher fruchtbarer erscheint, heuristisch von den beobachtbaren Verhaltensweisen der Marktteilnehmer auszugehen, um zu tragfähigen Hypothesen zu kommen.

Insgesamt führen die Beiträge von Kamppeter und Marterbauer, indirekt auch jener von Schulmeister, sowohl anhand theoretischer Argumente als auch empirisch-historischer Belege sehr deutlich vor Augen, welche Risiken mit der Deregulierung von Finanzmärkten verbunden waren und sind. Kamppeter erwartet daher für die neunziger Jahre, daß der Finanzsektor mit „intensiven und international koordinierten Bemühungen um eine bessere Aufsicht, Regulierung und

Intervention“ (S. 117) konfrontiert werden wird. Und Marterbauer fordert die „Schaffung eines institutionellen Regimes, das längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsinteressen den Vorzug gegenüber kurzfristigen Spekulationsinteressen auf Finanz- und Immobilienmärkten gibt“ (S. 132).

Mit dem *Wohnungsmarkt* befassen sich die Beiträge von Eva Bauer und Bernd Rießland. Bauer untersucht „Fragen und Probleme der Umweltverteilung im Wohnungswesen“ und kommt dabei zum Schluß, daß die österreichische Wohnungspolitik keine Sozialpolitik im engeren Sinn ist (Umverteilung zugunsten niedriger Einkommen), sondern den Charakter einer allgemeinen Versorgungs-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik trägt (S. 157). Darüber hinaus werden die derzeit größten Mißstände im Wohnungswesen identifiziert, und zwar

1. eine relativ starke Auseinanderentwicklung von Angebot und Nachfrage/Bedarf;
2. ein starker Preisanstieg im Wohnungsbestand;
3. Engpässe in der Neubaufinanzierung und
4. ungleiche Belastungen durch Wohnungskosten (S 161).

Zur Linderung der Probleme werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen wie: eine „solide“ öffentliche Finanzierung jenes Teiles des Neubaubedarfes, der aufgrund der Entwicklung der Bedarfskomponenten sicher vorhersehbar ist; Finanzierungs-Sondermodelle für den „zusätzlichen“ Bedarf (unter starker öffentlicher Beteiligung); praktikable Modelle der Mittelaufbringung bei stärkerer Belastung begünstigter Bewohner von älteren subventionierten Wohnungen; Einbeziehung des privaten Wohnbestandes (Altmietwohnungen) in das Mittelaufbringungs-System durch eine Form der Abgabe, um die Wohnungskosten-Belastung gleicher zu verteilen; Beihilfe-System für sozial

Schwächere.

Martin Herbertshuber und Günter Kittel sowie Gerhard Hovorka analysieren den *Agrarmarkt*. In ihrem Beitrag „Perspektiven der Landwirtschaft“ stellen Herbertshuber und Kittel die Charakteristika einer ökologischen und sozialen landwirtschaftlichen Alternative dar und gehen dann auf die institutionellen Rahmenbedingungen einer solchen Alternative ein. Der sehr kompetente Beitrag von Hovorka über „Markt, Regulierung und Regulierungsalternativen in der Landwirtschaft“ analysiert zunächst die Lage der österreichischen Landwirtschaft und identifiziert dann deren wichtigste Problemfelder. Hovorka zeigt, daß die von der Gesellschaft erwarteten Funktionen von der Landwirtschaft in einem unregulierten, dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage gehorchenden System nicht erfüllt werden können. Zur Annäherung an das Zieldreieck „Ausreichen des Einkommen (für die Landwirte)“, „Verteilungsgerechtigkeit“ und „Erbringung gesellschaftlich erwünschter Leistungen (z. B. Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft)“ erscheint das bisherige Regulierungsregime nicht mehr adäquat, und es werden daher drei Regulierungsalternativen diskutiert: ein modifiziertes Hochpreissystem, ein System gestaffelter Agrarpreise und ein Direktzahlungssystem. Hovorka plädiert schließlich für eine Liberalisierung der Agrarmärkte verbunden mit Direktzahlungen zur Einkommenssicherung, ein Regulierungssystem, das sowohl den Staatshaushalt entlasten, niedrigere Konsumentenpreise, größere Verteilungsgerechtigkeit und mehr Transparenz in den Agrarsektor bringen würde.

Werner Neudeck und Engelbert Theurl behandeln den *Gesundheitsmarkt*. Neudeck argumentiert, daß eine reine Marktlösung im Gesundheitsbereich nirgendwo akzeptiert wird und sich daher die verschiedensten

staatlichen Gesundheitssicherungssysteme herausgebildet haben. Andererseits gibt es auch in diesem Bereich „Staatsversagen“, insbesondere Ressourcenverschwendung, zu deren Hintanhaltung zwei Möglichkeiten im Bereich der Arzthonorierung (Output-Orientierung) sowie der Krankenanstaltenfinanzierung (diagnosebezogene Fallpauschale) diskutiert werden. Theurl befaßt sich unter dem Titel „Integration der Gesundheitsversorgung und marktwirtschaftliche Anreizsysteme“ mit der Frage, ob ein mehr marktwirtschaftlich orientiertes Gesundheitssystem wie etwa das der USA für unser Gesundheitswesen einen Vorbildcharakter haben könnte. Diese Frage wird anhand des Problems der „Integration“, d. h. der (optimalen) Organisation der vielfältigen Aufgaben des Gesundheitswesens (Produktion von Gesundheitssicherungs-Leistungen; Finanzierung; Risikotragung; Einkommensumverteilung) untersucht. Für Österreich stellt Theurl fest, daß diese arbeitsteilige Aufgabenerfüllung keineswegs optimal ist und daß daher alternative institutionelle Arrangements gefragt sind. Als eine derartige Alternative wird dann die amerikanische „Health Maintenance Organization“ (HMO) vorgestellt und ihre Übertragbarkeit auf Österreich besprochen. Theurl kommt zur Auffassung, daß die Einführung von einigen Elementen der HMO in Österreich (bei Beachtung der gegebenen Rahmenbedingungen) zu einer Reduktion des herrschenden Integrationsdefizites im Gesundheitswesen führen könnte.

Die letzten sechs Beiträge behandeln *Internationale Aspekte marktwirtschaftlicher Entwicklung*, worunter Aspekte der Transformationsländer, der Entwicklungsländer und der europäischen Integration subsumiert werden.

Die beiden ersten dieser „internationalen“ Beiträge – von Kazimierz Laski und Josef Steindl – beziehen sich auf

den Übergang der früheren Planwirtschaften auf marktwirtschaftliche Systeme. Laski befaßt sich in erster Linie mit der Frage, *ob es eine alternative Strategie zur jetzigen Transformationspolitik gibt*. Anhand der wichtigsten Probleme der Transformation arbeitet er den Gegensatz zwischen der „konventionellen Stabilisierungspolitik“, also der derzeit (noch) gepflegten Transformationsstrategie einerseits und den „Kritikern der aktuellen Politik“ andererseits heraus. Laski betont aber, daß es letztlich nicht darum geht, das eine theoretische Modell durch ein anderes zu ersetzen, sondern eine ideologische Einstellung durch eine pragmatische: Die ökonomische Theorie bildet nur *eine* Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen, die politischen und administrativen Möglichkeiten, und die Erfahrung und kritische Beobachtung der Wirklichkeit sind ebenfalls wesentliche Elemente der wirtschaftspolitischen Analyse. Steindl geht in seinem Beitrag „Die politische Ökonomie der Transformation“ zunächst auf die Folgen der Transformationspolitik für die Reformländer ein und weist insbesondere auf die dramatischen Produktionseinbrüche in den Jahren 1988 bis 1991 hin. Dann aber befaßt er sich mit den gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen einer funktionsfähigen (Markt-)Wirtschaft und kommt aufgrund des Fehlens der erforderlichen, historisch gewachsenen demokratischen und wirtschaftlichen Institutionen (inkl. Verhaltensweisen) zu einem sehr pessimistischen Schluß. Nach seiner Auffassung „... müssen alle oder fast alle Reformländer, mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Unfähigkeit, vorausschauende Initiativen an der Basis der Gesellschaft zu entwickeln, *zwangsläufig* (Hervorh. d. W. B.) Opfer autoritärer Regierungen werden, deren Grundpfeiler Nationalismus und Wirtschaftsprotektionismus sind.“ Nach dem Zerschlagen der Illusionen,

auf denen die Reformen aufgebaut waren, würde nur mehr Apathie in der Bevölkerung überbleiben, die zusammen mit dem irrationalen Element des Nationalismus zu einer Verdrängung der relativ zivilisierten Lebensweisen, Überzeugungen und Geisteshaltungen durch archaische und gewalttätige Lebensformen führen (werden).

Der Beitrag von Bernardo Calzadilla und Andreas Novy, „Brasilien: Vom Binnenmarkt zum globalen Markt“ fragt nach dem heute für Brasilien, damit aber auch für Lateinamerika im allgemeinen, adäquaten Marktverständnis. In der Beantwortung dieser Frage zeigt sich eine interessante Parallele zu den Transformationsländern. Die Autoren kritisieren die derzeit herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik als eine auf einem statischen Marktmodell beruhende, die Wirtschaft von Entwicklungsländern benachteiligende und zerstörende Politik und setzen ihr den „Neo-Cepalinismus“ (1) gegenüber, dessen dynamische Sichtweise von Märkten zu Politikempfehlungen führt, die nicht nur zu einer Intensivierung öffentlicher Bildungs- und technologiepolitischer Aktivitäten, sondern auch zu institutionellen Innovationen rät. Diese neo-cepalinistische Strategie sehen die Autoren als die den heutigen Anforderungen und Problemen von Entwicklungsländern im allgemeinen und von Brasilien im besonderen adäquate Handlungsmaxime an.

Die drei letzten Aufsätze befassen sich mit Fragen der europäischen Integration. Hansjörg Herr analysiert zunächst die Probleme einer europäischen Währung respektive einer europäischen Währungsunion. Die größte Gefahr dieses Projektes sieht er dabei in der Peripherisierung unterentwickelter Regionen, die durch einen makroökonomischen Abhängigkeitskreislauf in ihrer rückständigen Position nicht nur eingesperrt, sondern auf einen weiterhin divergierenden Entwicklungspfad gezwungen würden.

Herr meint daher, daß die ökonomischen Vorteile einer Währungsunion fraglich seien und daß die politischen Vorteile nur dann zum Tragen kämen, wenn entsprechende europäische Institutionen geschaffen werden könnten, die dem System ein demokratisches Fundament verliehen. Bis dahin könnte aber ein ausgebautes EWS die gewünschten ökonomischen Funktionen besser und gefahrloser erfüllen. Jörg Hufschmid konstatiert in seinem Beitrag „Die EG in den neunziger Jahren: Desintegration, hierarchische oder demokratische Integration?“ zunächst eine Reihe von Ursachen für das Zunehmen zentrifugaler Tendenzen im Europa der EG und gründet darauf zwei „unerfreuliche“ Szenarien für die neunziger Jahre. Das eine Szenario, welches trotz inzwischen (für die EG) positiver Entwicklungen (wie das „Ja“ der Dänen) noch immer möglich erscheint, sieht eine Desintegration der EG kommen. Das zweite Szenario nennt der Autor „hierarchische Integration“ und ist mit dem Slogan des „Europas der konzentrischen Kreise“ zu verbinden. Diesen beiden beklemmenden Szenarien setzt Hufschmid ein drittes, positives gegenüber („demokratische Integration“) und zeigt notwendige Maßnahmen zu dessen Verwirklichung auf. Dazu gehören insbesondere eine koordinierte beschäftigungspolitische Initiative, die Verstärkung des regionalen Ausgleichs, eine entschiedene Öffnung gegenüber Osteuropa und Maßnahmen zur „Demokratisierung“ der EG (Ausbau der Rechte und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments; Verlagerung politischer Regulierungs- und Entscheidungskompetenzen auf die Regionen).

In ihrem Beitrag „Zwischen Wettbewerb und sozialpolitischer Gestaltung: Die Gleichstellungspolitik der EG“ zeigt Susanne Schunter-Kleemann die Grenzen der (bisherigen) Gleichbehandlungs-Politik in der EG auf. Trotz partieller Erfolge der Frauenbewe-

gung, Anliegen und Interessen der Frauen in die Institutionen der EG hineinzutragen, insbesondere in das Europäische Parlament, stellt sich die derzeitige Situation als unbefriedigend dar. Diese Tatsache resultiert einerseits aus den institutionellen Strukturen der EG – „zahnloses“ Europa-Parlament; absolutistische Entscheidungen des Rates; Männerdominanz in den Entscheidungsgremien – und andererseits aus dem vorherrschenden Paradigma, welches die Wettbewerbspolitik weit vor sozialpolitischen Anliegen führt.

Abschließend kann man sagen, daß das von der (dem Sammelband zugrundeliegenden) Tagung anvisierte Ziel sicherlich zu ambitiös ist, um durch Referate auf einer einzelnen Konferenz erreicht zu werden, insbesondere dann, wenn einige der Beiträ-

ge sich nicht wirklich mit dem Tagungsthema auseinandersetzen. Die Stärke des Bandes liegt wohl eher in der Vielfalt der Anregungen und Visionen, die in der Tat für eine Positionsfindung linksalternativer Sozialwissenschaftler angesichts der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen hilfreich sein kann. Als besonders lesenswert sind dabei die Arbeiten von Pirker, Marterbauer, Hovorka, Huffs Schmid und Schunter-Kleemann zu nennen.

Wolfgang Blaas

Anmerkung

- (1) CEPAL – Comisión Económica para América Latina (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika).